

Das Ende der Nationalstaaten

Auswege aus der Krise

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Jahr fängt ja gut an. Ich habe die Krise.

Im vergangenen Jahr war ich zu zahlreichen Europa-Kongressen und Veranstaltungen eingeladen, habe Woche für Woche Vorträge gehalten, auf Podien gesessen und diskutiert, für Arbeitskreise Papiere geschrieben. Dabei machte ich eine bestürzende Transformation durch. Anfangs euphorisiert vom großen Interesse an europapolitischen Debatten und vom großen Engagement vieler Initiativen, Veranstalter und Organisatoren, fühlte ich mich bald wie ein Hamster im Laufrad, schließlich wie ein alter Socken in der Waschtrommel. Ja, ich bekam die Krise. Aber vielleicht ist das die ideale Voraussetzung, um jetzt mit Ihnen über die Frage zu diskutieren, die gegenwärtig immer wieder gestellt wird, die Frage, die die Medien beherrscht: „Gibt es Auswege aus der Krise?“

Ich habe jetzt tagelang nicht schreiben können, aus Erschöpfung, vor allem wegen des bohrenden Gefühls der Sinnlosigkeit und Aussichtslosigkeit meiner Bemühungen, schließlich bin ich nervös geworden, dann panisch, weil der Tag immer näher rückte, an dem ich hier vor Ihnen stehen und reden sollte. Aber jetzt habe ich immerhin schon sieben Sätze mit „Krise“ geschrieben und einen Anfang gemacht. Und damit sind es jetzt acht.

Sie sehen, mit welch kleinen Schritten man nur vorankommt, wenn man eine Krise hat. Nach diesem Satz könnte ich schon nahtlos zu einer Reflexion der Europapolitik übergehen, auf die diese Beobachtung zweifellos auch zutrifft – aber ich möchte doch noch kurz über meine Krise reden, erzählen, warum ich sie bekam. Allerdings: warum sollte Sie das interessieren? Wenn in den Zeitungen, die wir alle lesen, „Krise!“ steht, dann ist ja der Euro gemeint, und nicht ich, wenn die Medien, die wir alle konsumieren, über „Depression!“

berichten, ist es nicht meine Depression, sondern die der Börsen, und die „Nervosität!“, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, ist nicht meine, sondern die der Märkte. Wer rettet mich? Aber wir retten die Banken. Aber das alles erfasst einen natürlich doch. Und das ist wirklich seltsam: Wir haben eine Krise – in der wir gar nicht vorkommen. Sie trifft nur alle. Und mit den Symptomen, die *wir* haben, beschreiben wir abstrakte Mächte und Institutionen. Und wir, die das beunruhigt, sollen diese beruhigen. Das ist doch verrückt. Wir haben eine Krise, jeder hat dieses dumpfe Krisengedröhne unausgesetzt wie einen Tinnitus in den Ohren, für sehr viele Menschen bedeutet diese Krise ganz konkret Misere, aber wir heben sie gemeinsam in eine abstrakte Sphäre, und machen irgendwie weiter und lassen zu, dass es irgendwie immer so weiter geht.

Ich muss gestehen, dass ich nicht weiß, warum das so ist, aber davon muss ich ausgehen: im Krisen-Diskurs kommt die Realität gar nicht mehr vor. Wir bekommen die Krise nicht in den Griff, können immer nur mühsame kleine Schritte machen, die nicht aus der Krise herausführen, aber in einer Weise in ihr herumtrampeln, dass wir sie eher noch verschärfen. Die Realität ist nicht begriffen mit den Phrasen, die die europapolitische Debatte beherrschen, die Phrasen purzeln aus überlebten Ideologien heraus und beschreiben Fiktionen, Expertenwissen wird gehandelt wie Fototapeten, trübsinnig machende Illusionsbilder in unwirtlichen Räumen.

Ein Beispiel: ich war zu einer Diskussionsveranstaltung an der Universität einer mitteldeutschen Kleinstadt eingeladen. Ich will davon erzählen, nicht weil es so aussergewöhnlich, sondern weil es so typisch war. Die Mitdiskutanten am Podium waren allesamt illustre Herren: ein Wirtschaftswissenschaftler, ein Verfassungsrechtler, ein Journalist. Zunächst gab es ein Impulsreferat des Ökonomen, das im Wesentlichen eine Nacherzählung der Kettenreaktion war, die vom griechischen Haushaltsdefizit, über die Reaktionen der Ratingagenturen, die Nervosität der Märkte zum Euro-Rettungsschirm führte. Letzteren kritisierte er als wahrscheinlich ungenügend, während er aber

Eurobonds kategorisch ablehnte, weil sie den deutschen Interessen widersprächen. Ich zweifle nicht daran, dass das alles faktisch und fachlich korrekt war, dennoch war es als Analyse völlig unreal, insofern als er ein europäisches, eindeutig transnationales Problem gleich zweifach renationalisierte: „die Griechen“ sind schuld, „die Deutschen“ müssen ihre Interessen verteidigen. Genauso schlüssig hätte ein Astrophysiker die europäische Finanzkrise mit Begriffen wie „schwarzes Loch“, „sich verdichtende Materie“, „sich ausdehnender Raum“ und „Zeitkrümmung“ beschreiben können, was sicher möglich wäre, und er würde wenigstens nicht beim Nationalismus landen.

Ich wollte etwas entgegenen, durfte aber nicht, denn nun sprach der Moderator. Zunächst entschuldigte er sich dafür, dass keine Frau am Podium saß – und ich ertappte mich dabei, wie ich nun selbst in die Nationalismus-Falle tappte, ich dachte nämlich: „Typisch deutsch!“, diese Fettnäpfchen-Korrektheit: zuerst unfähig, eine kompetente Frau einzuladen (und es gibt wahrlich genug), um dann durchblicken zu lassen, dass es ohnehin nur wegen der Quote gewesen wäre.

Dann, nach einigen abstrakten Überleitungssätzen, stellte der Moderator dem Professor für Verfassungsrecht eine Frage, die nichts mit dem Impulsreferat des Ökonomen zu tun hatte. Ich versuchte rasch darauf hinzuweisen, dass wir besser jetzt über das Impulsreferat diskutieren sollten, denn was sonst sollte der Sinn eines Impulseferats sein. Stattdessen jedem Teilnehmer des Podiums eine jeweils ganz andere Frage zu stellen, würde doch nie zu einer Diskussion führen, sondern nur zu einer Abfolge von Monologen. Dieser Vorschlag wurde weggewischt. Ich habe unzählige solcher Podiumsdiskussionen erlebt und die Erfahrung gemacht, dass Moderatoren glauben, ihren Job dann gut zu machen, wenn sie nicht moderat sind. Wenn sie Diskussion verhindern, um die Kontrolle zu behalten. Es geht nie um Zeitfragen. Es geht nur abstrakt um Zeit: kontrollierte Verteilung der Redezeit, Einhaltung des Zeitrahmens.

Nun sprach also der Verfassungsrechtler. Er zeigte Intimität mit der deutschen Verfassung, sehr genaue Kenntnis des Europarechts, ich sage das wirklich anerkennend, er führte Widersprüche zwischen den beiden verschränkten Rechtsordnungen vor, es wurde allerdings nicht klar, ob die Krise seiner Meinung nach durch Defizite im europäischen Rechtssystem entstanden sei oder ob sie wegen gewisser Defizite und Aporien des Europarechts und fehlender Kompetenzen der europäischen Institutionen jetzt nicht so einfach gelöst werden könne, er zeigte kein Interesse, den Ist-Zustand, in dem er sich perfekt auskannte, weiterzudenken, Grundzüge einer vernünftigen Europäischen Verfassung zu diskutieren – am Ende seiner Wortmeldung ging es nur noch darum, was alles nicht ginge, nicht sein dürfe, und im Zweifelsfall rief er: Karlsruhe!

Daraufhin stellte der Moderator dem Journalisten wieder eine ganz andere Frage. Nun, nach den Parallelwelten der Abstraktionen, tauchten wir ein in die Welt des Scheins, der Erscheinungsformen des Seins. Wir erfuhren Sehweisen! Die Sehweise des deutschen Steuerzahlers, die Sehweise des reichen Nordens auf den armen Süden, und die Sicht Europas und der Welt auf die Deutschen. Und dann stellte er die Frage, die die ganze restliche Diskussion dominieren sollte, die Frage, bei der auch der Ökonom und der Jurist plötzlich eine große gemeinsame Schnittmenge fanden, die Frage, die dann auch die Wortmeldungen aus dem Publikum vornehmlich beschäftigten, die Frage, die alles andere nicht nur an den Rand, sondern über den Rand hinausdrängte. Und ich dachte: „Nicht schon wieder!“, als er diese Frage stellte: „Soll Deutschland seine Führungsrolle in Europa – gerade angesichts der Krise – eher selbstbewusst oder eher demütig annehmen?“

Wohlig, mit nach innen gewendeter Verklärung, so wie man ein süßes Bonbon im Munde hin und herschiebt, wurde die deutsche Lage ausgekostet, das politische Gewicht Deutschlands, die Wirtschaftsleistung, die Handelsbilanz, die nationalen Interessen, die Kosten, die Deutschland in der Union zu tragen habe, das schwindende Verständnis der deutschen Steuerzahler, die

Zwangssituation, in der sich der deutsche Bundestag befindet, wenn er etwa über das Schicksal Griechenlands entscheidet...

Verstehen Sie, warum ich depressiv wurde? Wenn Sie es nicht verstehen: deshalb bekam ich die Krise: Weil ich das alles nicht mehr verstehe. Ich verstehe nicht, warum von so vielen das Einfachste nicht verstanden wird. Ich meine, der europäische Einigungsprozess und die Krise, in der wir uns befinden, mögen ja sehr komplex sein, aber kann man sie füglich diskutieren, wenn man schon die einfachsten Voraussetzungen nicht verstanden und anerkannt hat? Es war die erfahrungsgesättigte Idee des europäischen Einigungsprojekts, eine „Führungsmacht Deutschland“ in Europa in alle Zukunft zu verhindern. Die Selbstverständlichkeit, mit der politische Eliten, Experten und Journalisten heute einen deutschen Führungsanspruch in Europa festschreiben, ist also zutiefst antieuropäisch, auch wenn es im Glauben geschieht, so die europäische Krise irgendwie meistern zu können. Ist da die Therapie nicht die eigentliche Krankheit? Ist das wirklich so schwer zu verstehen? Die supranationalen Institutionen Europas waren als Instanzen zur Überwindung der Nationalstaaten gedacht, und nicht als Bühne der Nationalstaaten. Ist das so schwer zu verstehen? Von nationalen Interessen geleitete Europapolitik ist also zutiefst antieuropäisch und kann die europäische Krise nur verschärfen. Ist das so schwer zu verstehen? Euroland hat eine gemeinsame Währung, einen gemeinsamen Markt, de facto eine gemeinsame Volkswirtschaft. Da ist doch der Begriff „Export“ innerhalb dieses Währungsraums und Marktes völlig irreführend, und es ist absurd, auf der Basis von nationalen Handelsbilanzen den Norden gegen den Süden auszuspielen, zumal die Handelsbilanz des Binnenmarktes in sich und im Gesamten betrachtet ausgeglichen ist. Ist das so schwer zu verstehen? Es sind nicht alle Menschen im Norden reich, nicht alle im Süden arm. Es gibt Armut auch in Deutschland, Millionäre in Italien. Es ist doch verrückt und gemeingefährlich, auf der Basis von nationalen Statistiken Ressentiments und nationalistische Aggressionen zu schüren, indem man den einen sagt: Ihr

müsst für die Faulen da unten zahlen, und den anderen sagt: Ihr seid entmündigt! Ist das so schwer zu verstehen?

Warum lassen sich Politiker noch immer von Nationalökonomern beraten?

Warum wird Nationalökonomie überhaupt noch als eigenes Fach an den Universitäten gelehrt, und nicht als Kapitel der Geschichtswissenschaft?

Dieses Fach hat kein Substrat mehr in der Wirklichkeit, es gibt keine Nationalökonomie mehr. Ich verstehe, dass Nationalökonomern eine Welt wieder herstellen wollen, die mit ihrem Wissen übereinstimmt, aber ich verstehe nicht, wie das heute in der Europapolitik helfen soll. Ist das so schwer zu verstehen?

Was sind nationale Interessen? Hat zum Beispiel ein deutscher Lehrer radikal andere Interessen als ein portugiesischer Lehrer, hat ein deutscher Rentner wirklich so ganz andere Interessen als ein griechischer Rentner, hat ein Arbeiter in Thüringen wirklich mehr gemeinsame Interessen mit einem Manager in Bayern, als mit einem Arbeiter im Peloponnes? Habe ich als Wiener mit jedem Menschen in Vorarlberg, wohin ich acht oder zehn Stunden mit der Bahn fahren muss, auf Grund des selben Passes automatisch mehr gemeinsam als mit Menschen in Bratislava, das vierzig Minuten von Wien entfernt ist, aber Hauptstadt einer anderen Nation? Das kann doch niemand ernsthaft behaupten. Worum geht es denn in Wirklichkeit? Um Rahmenbedingungen, in denen ein Leben in Würde, Rechtszustand, Sicherheit möglich ist. Es geht um Verteilungsgerechtigkeit, und das bedeutet heute: um die gerechte Verteilung der Gewinne einer gesamteuropäischen Wertschöpfungskette, die längst Realität ist. Es geht politisch um die Gewährleistung von Lebenschancen, auf der Basis der Menschenrechte, und nicht auf der Basis der jeweiligen Macht und des jeweiligen politischen Gewichts von Nationen!

Nationale Interessen – das ist Fiktion. Ist das wirklich so schwer zu verstehen?

Aber diese Fiktion wird verteidigt, auf dieser Fiktion wird insistiert, und es ist des Staunens kein Ende, weil sie nicht mehr mit der Realität übereinstimmt.

Deshalb ist die Krise, die sie sich ökonomisch, finanzpolitisch, sozialpolitisch verschärft und in das Leben von Millionen Menschen auf diesem Kontinent auf sehr konkrete Weise verheerend hineinwirkt, auch zu einer Krise der Diskussion über die Krise geworden, und zu meiner persönlichen Krise insofern, als mich dies zunehmend apathisch und hilflos macht.

Mich lähmt, wie monoton in den Medien, in allen Foren der Öffentlichkeit, die Euro-Krise als Widerspruch nationaler Interessen verhandelt wird, mich langweilt die unausgesetzt demonstrierte Feigheit und Phantasielosigkeit, die mit Pragmatismus verwechselt wird, mich langweilt, wie tagein tagaus Geschichtsblindheit als bedenkenswerte Sehweise, und aufgeregt vorgetragene Unkenntnis von Fakten als legitime Meinung anerkannt werden.

Mich langweilen die EU-Gegner, die in schlechter Unendlichkeit jedes Symptom der Krise nicht gegen das Krisenmanagement der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat, sondern automatisch gleich gegen die EU insgesamt und sogar gegen die Idee der europäischen Gemeinschaft ins Treffen führen. Die Romantiker, die sich historisch gegen die Moderne stemmten, waren wenigstens noch Romantiker und zu Kulturleistungen fähig, aber was sich heute in der EU-Kritik breitmacht, ist blinde Aggression, Zerstörung von Kultur und von gesellschaftlichen und politischen Errungenschaften. Und mich langweilen mittlerweile genauso jene EU-Befürworter, EU-Verteidiger, EU-Repräsentanten, die auch nichts wissen als Phrasen Phrasen Phrasen, ein Geraune inhaltsleerer Beteuerungen, etwa dass wir „mehr Europa“ brauchen, ohne dass sie sagen können, was sie darunter verstehen, aber dass sie jedenfalls „glühende Europäer“ seien, immer dieses blöde Adjektiv „glühend“, als hinge die Zukunft von ihrer Fieberkurve ab, während sie nicht einmal das schönste Geschenk des Fiebers, nämlich das Phantasieren, annehmen. Und ich fürchte mich schon jetzt davor, wie große Teile der politischen Eliten, die in ihren Ländern europapolitische Verantwortung haben, sich vor Stimmenverlusten bei kommenden Wahlen zu fürchten beginnen und sich mit der Phrase „Man muss die Menschen dort

abholen, wo sie sind“ tatsächlich dorthin begeben werden, nämlich auf deren Standpunkt.

Aber dort sind nicht alle. Und die Zukunft wird von dort nicht ausgehen.

Nach dem Kongress in der mitteldeutschen Kleinstadt bin ich weitergereist in den Norden Deutschlands, wo ebenfalls ein Europa-Kongress stattfand. Dort traf ich auf Männer und Frauen, die darüber diskutierten, wie eine nachnationale Demokratie entwickelt werden könne, die als politisches Legitimations- und Ordnungssystem der transnationalen Währung entspräche, die ja bereits Realität ist. Die Diskussionen verliefen engagiert, aber völlig entspannt, das heißt ohne alle Anzeichen, dass der Verlust nationaler Souveränität ein Problem, und der Verlust nationaler Identität eine Katastrophe wäre. Da begriff ich: die Hanseaten wissen aus Erfahrung von ich weiß nicht wievielen Generationen, dass sie keine Nation brauchten, um zu Wohlstand zu kommen, und dass sie auch die nationale Wiedergeburt Deutschlands durch die Wiedervereinigung nicht brauchten, um ihren Wohlstand zu sichern und zu vermehren, sie haben schon transnational gedacht, gelebt und gehandelt, da gab es noch keine deutsche Nation, und mit dieser Expertise gehen sie in die Zukunft, der nachnationale europäische Prozess erscheint ihnen völlig geschichtslogisch. Was war denn die deutsche Nationswerdung ökonomisch gesehen? Aus vierzig Kleinstaaten wurde ein größerer gemeinsamer Markt. Und jetzt ist er noch größer. Aber nicht mehr national. Was der logische nächste Schritt ist. Punkt. Und was war die deutsche Nationswerdung politisch gesehen? Eine Kriminalgeschichte – erlöst erst durch ein demokratisches System, das, nicht selbst erkämpft, sondern nach Abermillionen Opfern nationalistischer Aggression schließlich von Befreiern implementiert wurde. Jetzt an der Entwicklung einer nachnationalen Demokratie mitzuarbeiten, die den objektiven Erfordernissen einer mittlerweile längst transnationalen Welt entspricht, wäre nur der erste selbstbestimmte und selbstbewusste Akt der Konstituierung eines demokratischen Systems.

Das war lehrreich. Die Diskussion bei diesem Kongress bewies nicht nur, dass die Reflexion historischer Erfahrungen zu anderen Einsichten kommt als die bloße Verteidigung von Gewohntem und einmal Gelerntem. Sie zeigte auch, dass Begriffe wie „nationale Identität“ oder „nationale Interessen“ nicht so selbstverständlich vorausgesetzt werden müssen, wie es deren Verteidiger unterstellen. Und überhaupt nicht mehr funktionieren diese Begriffe für viele Jüngere, die Erasmus-Generation, die man mittlerweile Trotzdem-Europäer nennen könnte. Denn was von den Rats-Gipfeln kommt, macht sie wütend, und die Unterfütterung von Anti-EU-Ressentiments in den diversen Staaten erst recht. Aber sie haben an verschiedenen europäischen Universitäten studiert und Erfahrungen gemacht und sind polyglott, Euro, offene Grenzen, Niederlassungsfreiheit sind für sie Selbstverständlichkeiten. Sie werden sich das nicht mehr nehmen lassen.

Aber genügt das?

Natürlich nicht. Dennoch habe ich mich jetzt einer Lösung genähert.

Ich habe eingangs gesagt, dass man in der Krise nur imstande ist, kleine fruchtlose Schritte zu machen. So wie in einer Schreibkrise: ein Satz, dann mühsam wieder ein Satz, Sätze zählen wie Erbsen zählen und so weiter, und selbst dabei kann man sich verrennen. Aber jetzt habe ich doch, in meiner Not und durch äußeren Druck, plötzlich ein paar größere Schritte gemacht. Es geht also doch. Allerdings muss man wissen, wohin man will. Und ich bin mittlerweile der festen Überzeugung, dass die Euro-, EU- und europäische Stimmungskrise so lähmend ist und aussichtslos erscheint, weil die politischen Eliten aus verschiedenen Gründen das System tunlichst nicht antasten wollen, das diese Krise produziert hat, auf jedem Fall aber aus diesem Grund: sie haben wirklich keine Vorstellung oder nur unsinnige Vorstellungen vom Vernunftgrund des europäischen Einigungsprozesses. Sie haben die Idee vergessen oder verdrängt, und kein Ziel vor Augen. Und auch wir, wir alle, haben es noch nicht geschafft, deutlich und vernehmlich die Debatte zu führen, wie die Zukunft aussehen soll, die wir gestalten wollen, konkrete

Vorstellungen davon zu entwickeln, wie wir leben wollen, wie die politischen und ökonomischen Bedingungen für ein gesellschaftliches Leben organisiert sein müssten, das nicht von Krisenstimmung, Ängsten, Misere, Wut und Ressentiment von so vielen, bestimmt wäre. Das wäre doch die Voraussetzung: zu verstehen, woher wir kommen, die Idee, die Absicht zu rekonstruieren, sie zu überprüfen und schließlich zu konkretisieren. Dann könnten wir kühner, gleichermaßen vernünftig wie begeistert und begeisternd, größere Schritte setzen.

Nur ganz kurz, zur Erinnerung und als Voraussetzung für die Diskussion: Es geht nicht ohne Rekonstruktion der Idee. Nur wenn ins Allgemeine Bewusstsein durchsickert, warum es die EU überhaupt gibt, kann man über sie und ihre Zukunft diskutieren. Die Idee entstand auf den Trümmern eines von Kriegen verwüsteten Kontinents. Die Gründergeneration des Einigungsprojekts hatte begriffen: Friedensverträge und Bündnisse zwischen Nationalstaaten können Kriege nicht verhindern. Die Wurzel der Kriege in der Moderne, in denen nicht bloß bezahlte Söldner auf einander losgehen, sondern ganze Völker übereinander herfallen, diese Kriege, die die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen und bis zu Massenmord und Genozid führen, und alle Kultur und Zivilisation zerstören, ist der Nationalismus. Das ist die Einsicht, die davor schon eine Reihe von Dichtern und Intellektuellen hatten, zum Beispiel Stefan Zweig 1941 im Vorwort zur „Welt von Gestern“. Nachhaltiger Friede kann also nur geschaffen werden, wenn man den Nationalismus aus der Welt schafft. Das wäre möglich durch die Schaffung supranationaler Institutionen, an die die Nationalstaaten nach und nach Souveränitätsrechte abgeben, bis am Ende die Nationalstaaten absterben. Das ist eine kühne und radikal aufgeklärte Idee. Mit dieser Idee hat es begonnen, das war die Absicht. Und das ist jetzt keine Meinung, sondern ein Faktum. Walter Hallstein, ein Deutscher, der erste Präsident der Europäischen Kommission, sagte in seiner Antrittsrede: „Das Ziel des europäischen Einigungsprozesses ist die Überwindung der Nationalstaaten!“ Solange es heute oder morgen kein

Kommissionspräsident und kein deutscher Spitzenpolitiker wagt, diesen Satz frei und geradeheraus zu sagen, solange haben wir die Krise.

Wie ist die Krise entstanden? Eine Krise ist nichts anderes als der Reigen von Symptomen, hervorgerufen durch einen unproduktiven Widerspruch. Was ist nun der Widerspruch? Die nachnationale Entwicklung hat in über sechzig Jahren politisch, institutionell, wirtschaftlich und gesellschaftlich überraschend weit getragen und eindeutig große Erfolge vorzuweisen. So weit, dass die Entwicklung nun an den Kern nationalstaatlicher Souveränität geht – und da begann der Widerstand, der Abwehrkampf des Nationalismus, der Versuch der Renationalisierung. Wenn wir uns die Struktur der EU anschauen und überprüfen, wo die Blockaden sind, sieht man das mit aller Deutlichkeit: der Widerspruch ist wesentlich der Widerspruch zwischen den Ergebnissen der bisher stattgefundenen nachnationalen Entwicklung und den Renationalisierungstendenzen. Dieser Widerspruch zieht sich durch alle Politikfelder und die Institutionen. Wir wählen ein europäisches Parlament, wir können die Abgeordneten aber nur auf der Basis nationaler Listen wählen, und de facto werden die relevanten Entscheidungen in den Gipfeln der nationalen Staats- und Regierungschefs getroffen. Wir haben mit der europäischen Kommission eine supranationale Institution, die die europäischen Verträge hütet und die gesamteuropäischen Interessen vertreten soll, die Kommissare aber werden von den nationalen Regierungen nominiert. Und so weiter. Wir haben mit der Einführung des Euro einen großen Schritt in der nachnationalen Entwicklung gemacht, wenngleich wegen nationaler Egoismen und Schrullen einzelner Mitgliedstaaten nicht mit der Union insgesamt. Und dann wurden noch innerhalb des Euro-Raums nationale Interessen verteidigt, die dazu führten, dass die transnationale Währung nicht mit den gemeinsamen politischen Instrumenten ausgestattet wurde, die notwendig wären, um eine Währung zu managen und das Vertrauen in sie zu erhalten. Es war nicht die Verschiedenheit der sogenannten Volkswirtschaften, sondern der Widerstand gegen eine gemeinsame Währungspolitik, der zu der

Finanzkrise führte. Und dieser Fehler der Gemeinschaft wurde dann auch wieder renationalisiert: durch Schuldzuschreibungen an einzelne Nationen, die zu nationaler Austerity-Politik gezwungen wurden, die Misere produziert, und zu Recht auch Wut – leider auf die Falschen.

Das alles sind, wie Sie wissen, keine Meinungen, sondern Fakten.

So kann man das ewig weiterdeklinieren, aber es ist schon völlig klar, dass die Krise nicht innerhalb dieses Widerspruchs gelöst werden kann, schon gar nicht durch weitere Verteidigung nationaler Interessen – die auch den Bürgern einer jetzt mächtig erscheinenden Nation nur zum Schaden gereicht, denn diese Politik produziert immer höhere Kosten und immer größere soziale Gefahren. Was ist also die Aufgabe? Diesen Widerspruch aufzubrechen.

Die Einführung des Euro war eine richtige Entscheidung. Denn die nationalen Grenzen sind für Investitionen und Gewinnrückführungen längst geöffnet, die Wertschöpfung funktioniert längst transnational, was aber fehlt, ist die Organisation einer europäischen Demokratie, die die Gewinne der gesamteuropäischen Wertschöpfungskette auch gesamteuropäisch gerecht verteilen kann. Nationale Wirtschaftspolitik, nationale Fiskalpolitik kann das nicht leisten. Nationale Parlamente müssen entweder gegen die Interessen ihrer Wähler entscheiden, wie in den Austerity-Staaten, oder in die Souveränität anderer Länder eingreifen, wie Deutschland. Das ist keine Demokratie mehr. Das ist die Zerstörung nationaler Demokratie, bei gleichzeitiger Verhinderung einer europäischen Demokratie.

Was kann also nur das Ziel sein? Die Entwicklung eines neuen, europäischen, transnationalen Demokratiemodells. Aus der Geschichte wissen wir, wenn wir es wissen wollen: Demokratiemodelle sterben, die Idee der Demokratie stirbt nicht. Unter neuen Voraussetzungen entwickelt sich ein neues Modell. Wir könnten ja auch stolz darauf sein, es bis an die Schwelle dieses Schritts gebracht zu haben, die erste transnationale Demokratie zu verwirklichen, was nicht nur den objektiven Bedingungen und Notwendigkeiten entspräche, sondern zugleich absolute Avantgarde in der globalisierten Welt wäre.

Wir müssten nur endlich endlich endlich beginnen, zu diskutieren, wie sie konkret aussehen muss, welcher Institutionen und Mechanismen sie bedarf: die erste nachnationale Demokratie einer europäischen Res Publica.

Das Jahr fängt gut an, meine Damen und Herren. Unsere Diskussion wird konkret. Und wir wissen: Jahrhunderte brauchen immer rund eineinhalb Dekaden, um zu sterben. Das 18. Jahrhundert starb 1815 mit dem Wiener Kongress. Das 19. Jahrhundert starb 1914 mit dem Weltkrieg. Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des Nationalismus und seiner brutalsten Konsequenzen, schließlich der Lehren daraus bis hin zur Transformationskrise der Nationen. Wir schreiben das Jahr 2014. Diese Krise ist das Messer im Rücken des Zwanzigsten Jahrhunderts. Wer soll uns jetzt hindern, im 21. Jahrhundert anzukommen?